Detailansicht des Registereintrags

Landwirtschaftlicher Hauptverein für Ostfriesland e.V.

Aktuell seit 19.11.2026 15:29:44

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003684
Ersteintrag:	21.03.2022
Letzte Änderung:	19.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	16.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Landw. Hauptverein für Ostfriesland e.V. Südeweg 2 26607 Aurich Deutschland Telefonnummer: +494941609252 E-Mail-Adressen: heinz-hermann.hertz-kleptow@lhv.de Webseiten: www.lhv.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
30.001 bis 40.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
0,05

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Manfred Tannen**
   Funktion: Präsident
2. **Carl Noosten**
   Funktion: Vizepräsident und Kreisverbandsvorsitzender Norden-Emden
3. **Heiko Andreeßen**
   Funktion: Kreisverbandsvorsitzender Aurich
4. **Klaus Borde**
   Funktion: Kreisverbandvorsitzender Leer
5. **Günter Lüken**
   Funktion: Kreisverbandvorsitzender Wittmund

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. **Maren Ziegler**
2. **Wiebke Bischoff**
3. **Rudolf Bleeker**
4. **Heinz-Hermann Hertz-Kleptow**
5. **Manfred Tannen**
6. **Carl Noosten**
7. **Heiko Andreeßen**
8. **Klaus Borde**
9. **Günter Lüken**

Gesamtzahl der Mitglieder:
5.092 Mitglieder am 01.06.2026, davon:
4.700 natürliche Personen
392 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (1):
1. Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (11):
Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Land- und Forstwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben;

Rechtspolitik; Artenschutz/Biodiversität; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Der Landwirtschaftliche Hauptverein für Ostfriesland e.V. erstrebt als die berufsständische Vertretung der ostfriesischen Landwirte die Erhaltung und Förderung eines leistungsfähigen und leistungsstarken Landvolkes im Rahmen einer gesunden Volkswirtschaft.
Der LHV nimmt die agrarpolitischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, rechtlichen, steuerlichen und sonstigen Interessen seiner Mitglieder und ihrer betriebszugehörigen Familienmitglieder wahr.
Zu den Aufgaben des LHV gehört die Anregung, Förderung und Stellungnahme zu allen Maßnahmen, die eine Verbesserung der Lage der ostfriesischen Landwirtschaft zum Ziel haben. Das Spektrum der insoweit betroffenen Bereiche auf kommunaler Ebene sowie Landes- und vereinzelt auf Bundesebene ist sehr breit gefächert. Die Interessenvertretung unserer Mitglieder erfolgt auch durch das Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e.V. als unserem niedersächsischen Dachverband sowie insbesondere auf Bundesebene ausschließlich durch den Deutschen Bauernverband e.V. (DBV) als berufsständische Vertretung. Soweit Zuständigkeiten des Bundes berührt sind, erfolgt bei Bedarf im Einzelfall eine Kontaktaufnahme mit den für unser Verbandsgebiet zuständigen Bundestagsabgeordneten.

Konkrete Regelungsvorhaben (7)

1. **Steuerliche Entlastung für land- und forstwirtschaftliche Betriebe**

   Beschreibung:
   Forderung einer steuerlichen Entlastung durch
   -unbefristete Fortführung der Tarifglättung für Einkünfte aus LuF
   -Einführung steuerfreie Gewinnrücklage für LuF-Betriebe
   -Verzicht auf fehlerhaft berechnete Absenkung des Pauschalsteuersatzes für Landwirte bei USt.
   -Anhebung der Umsatzgrenze für Umsatzsteuerpauschalierung auf 800.000 €
   -Anhebung der Gewinngrenze für Investitionsabzugsbeträge und Sonderabschreibung auf 300.000 €

   Betroffenes geltendes Recht:
   EStG [alle RV hierzu]; UStG 1980 [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2405240019** (PDF - 3 Seiten)

      Adressatenkreis:

Versendet am 05.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **Moratorium für geplante nationale Auflagen und Übernahme von EU-Standards ohne "Aufsatteln"**

Beschreibung:
Forderung eines Moratoriums für geplante nationale Auflagen, welche die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zusätzlich über EU-Standard belasten, z.B. im Bereich des Tierschutz- oder des Bundeswaldgesetztes- oder der Pflanzenschutzanwendungsverordnung sowie die Übernahme von EU-Standards ohne "Aufsatteln", z.B. bei Auflagen in der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln, in Anforderungen der Tierhalternutzungsverordnung oder der Umsetzung der EU-Regelungen (Verordnung -EU- 2023/1115) für entwaldungsfrei Lieferketten.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 256/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetzes
Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMEL) (20. WP): Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetzes (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/12719 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetzes
Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMEL) (20. WP): Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetzes (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
TierSchG [alle RV hierzu]; BWaldG [alle RV hierzu]; PflSchAnwV 1992 [alle RV hierzu]; VorlPflSchMAnwV [alle RV hierzu]; TierSchNutztV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Tierschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2405240020** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **Rückbau von Überregulierung und Bürokratie**

Beschreibung:
Forderung nach Abbau Bürokratie und Überregulierung
-im Düngerecht (Reduzierung schlagbezogener Aufzeichnungen für N/P-Düngung; Befreiung bedarfsgerecht düngender Betriebe von Auflagen in "roten" Gebieten, Verursacherprinzip stärken)
-im Pflanzenschutzrecht (z.B. Abschaffung pauschaler nationaler Pflanzenschutzanwendungsverbote bestimmter Mittel in Schutzgebieten ohne Berücksichtigung lokaler Schutzverordnungen)
-bei Umsetzung der "1. Säule" der EU-GAP (z.B. praxistaugliche Gestaltung der sog. GLÖZ-Standards; praxistaugl. Ökoregelungen bei intensiver Grünlandnutzung; Abschaffung von GLÖZ 9; Grünlanderneuerung o. Antrag)
-im Naturschutzrecht (z.B. gesetzl. Klarstellung, dass Nutzungswechsel von Acker, Dauergrünland und Brache kein Eingriff nach BNatSchG darstellen)

Betroffenes geltendes Recht:
DüngG [alle RV hierzu]; DüV 2017 [alle RV hierzu]; PflSchAnwV 1992 [alle RV hierzu]; AltLandPflSchV 2015 [alle RV hierzu]; GAPKondV [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2405240021** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **Planungssicherheit und finanzielle Unterstützung für wettbewerbsfähige Tierhaltung**

Beschreibung:
Forderung von Planungssicherheit und finanzielle Unterstützung der Landwirtschaft für die Weiterentwicklung einer wettbewerbsfähigen Tierhaltung z.B. durch
-Förderung von Investitionen in eine moderne Silagelagerung
-angemessene und nachhaltige Honorierung von freiwilligen Tierwohlmaßnahmen
-Zulassung einer regulären Jagd auf Wölfe zum Schutze der Weidetierhaltung

Betroffenes geltendes Recht:
TierSchNutztV [alle RV hierzu]; BJagdG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Tierschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2405240022** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.03.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. **Besserer Schutz landwirtschaftl. Eigentums bei Stromnetzausbau, Gänseproblematik, Wiesenbrüterschutz und Klima-Moorschutz**

Beschreibung:
Forderung einer besseren Anerkennung landwirtschaftl. Eigentums und Schutz des Bodens durch
-vorrangige Errichtung von Freileitungen im Hochspannungsbereich anstelle von Erdkabeln
-Einführung einer Beweislast des Projektträgers von Leitungsbauvorhaben, z.B. bei festgestellten Flur- u. Aufwuchsschäden; insbesondere bei Langzeitschäden
-Befreiung von Stromtrassenentschädigungen in der Einkommenssteuer
-zeitlich wiederkehrende Entschädigung von dauerhaften Bodeninspruchnahmen für Durchleitungsrechten
- Strategiewechsel beim Umgang mit Gänsenproblematik/Rastspitzen
-Gezieltere Maßnahmen statt Pauschallösungen beim Wiesenbrüterschutz
- Klimaschonende Bewirtschaftung beimKlima-/Moorschutz fördern

Betroffenes geltendes Recht:
EnLAG [alle RV hierzu]; BBPlG [alle RV hierzu]; NABEG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; BJagdG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Tierschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2405240023** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 05.03.2024 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2606080001** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.04.2026 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2611190024** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.11.2026 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **Änderung Frist zur Zertifikatseinreichnung bei Biogasanlagen**

Beschreibung:
Die BioSt-NachV beinhaltet eine Fristsetzung binnen derer Biogasanlagen ein Zertifikat einreichen müssen, damit Anlagen, die mehr als 1 MW produzieren, nachweisen können, dass eingesetztes Substrat aus nachhaltigem Anbau stammt (§§ 3, 4 BioSt-NachV). Ziel ist eine Gesetzesänderung, dass diese zeitliche Frist -konkret ist dies der 30.04.2023 (wenn mangels Verfügbarkeit von Auditoren das Zertifikat nicht eingereicht werden kann) - ausgesetzt bzw. verlängert wird, damit die Gewährung der Zahlungen auf Basis des EEG erfolgen kann, wobei die Fristaussetzung aber nicht nur wegen fehlender Verfügbarkeit, sondern bestenfalls generell erfolgen soll.

Betroffenes geltendes Recht:
BioSt-NachV 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406040035** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. **Grundlegende Überarbeitung des Referentenentwurfes des Gesetzes zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur (NatInfG)**

Beschreibung:
Unsere Position zum NatInfG:
1. Sofortiger Verfahrensstopp. Das Gesetzgebungsverfahren mit diesem Entwurf ist umgehend anzuhalten.
2. Grundlegende Überarbeitung. Der pauschale Schutzanspruch des § 20a Absatz 1 und die ausufernde, rechtlich unbestimmte Flächenkulisse dürfen nicht bestehen bleiben. Betriebliche Entwicklungsmöglichkeiten, Eigentum und kommunale Planungshoheit sind verlässlich zu sichern.
3. Belastbare Folgenabschätzung. Flächenbetroffenheit, Erfüllungsaufwand und Auswirkungen auf
Landwirtschaft und ländliche Räume müssen vorab vollständig ermittelt werden.
4. Neustart nicht ohne uns. Eine Überarbeitung darf nur gemeinsam mit Berufsstand, Kommunen und
Ländern erfolgen. Freiwilligkeit und Kooperation müssen die Grundlinie bleiben.

Referentenentwurf:
Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 06.07.2026
Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2609020004** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.08.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2609020007** (PDF - 12 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
1.290.001 bis 1.300.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Bilanz-und-GuV-2025-LHV-e-V.pdf